

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/020(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 13.01.2017	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:30Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25. 11. 2016 - öffentlicher Teil T0064/16
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Grundsatzbeschluss zur Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens Beach-Arena Barleber See DS0470/16
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 5.2 Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement 2014/2015 10307/16
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung

6	Anträge	
6.1	Aufwertung Ulrichsplatz Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU/FDP/BfM	A0112/16
6.1.1	Aufwertung Ulrichsplatz Fraktion LINKS für Magdeburg	A0112/16/1
6.1.2	Aufwertung Ulrichsplatz BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0282/16
6.2	FreizeitTicket für junge Menschen einführen Fraktion DIE LINKE/future!	A0117/16
6.2.1	FreizeitTicket für junge Menschen einführen BE: Bürgermeister	S0292/16
6.3	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd SPD-Stadtratsfraktion	A0097/16
6.3.1	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd Fraktion CDU/FDP/BfM	A0097/16/1
6.3.2	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd Ortsbürgermeister Beyendorf-Sohlen	A0097/16/2
6.3.3	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0097/16/3
6.3.4	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0237/16
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Matthias Boxhorn

i.V.f. SR Frank Schuster

Jürgen Canehl

i.V.f. SR Meister

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Frank Theile

i.V.f. SR Boeck

Oliver Müller

Jenny Schulz

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Mike Eve

Abwesend

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Olaf Meister

Hugo Boeck

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 25. 11. 2016 - öffentlicher Teil Vorlage: T0064/16

Die Niederschrift vom 25. 11. 2016 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen bestätigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Grundsatzbeschluss zur Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens Beach-Arena Barleber See Vorlage: DS0470/16

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Puhle und der Teamleiter 40.11 Herr Willms teil.

Der Teamleiter Herr Willms macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache. Er führt aus, dass seitens des Landesvolleyballverbandes die Bitte zur Vergabe der Namensrechte geäußert wurde, um hierdurch Investitionsmittel akquirieren zu können. Da die Verwaltung diesem Anliegen positiv gegenüber steht, erfolgt der Vorschlag zur Durchführung des Interessenbekundungsverfahrens. Herr Willms informiert über den Vorschlag zur Vergabe der Namensrechte über eine Laufzeit von 5 Jahren und benennt die prozentuale Aufteilung der Verwendung der hiermit zu erzielenden Einnahmen.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, legt er dar, dass sich der Ausschuss BSS erst am 17. 01. 2017 mit der Thematik befasst.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt im Kontext mit der vorgeschlagenen Namensvergabe Bezug auf eine frühere Idee, auch zur „Dynamohalle“ eine Interessenbekundung abzufragen. Mit der Feststellung, dass zum damaligen Zeitpunkt kein Interesse geäußert wurde wirft er die Frage auf, ob seitens der Verwaltung Überlegungen angestellt wurden, hier analog der vorliegenden Drucksache nochmals ein Verfahren durchzuführen.

Hinweis: Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, trifft zur Sitzung ein.

Der Beigeordnete Herr Prof. Puhle bestätigt, dass entsprechende Überlegungen angestellt wurden. Zunächst soll jedoch das Verfahren zum Barleber See abgewartet werden. Er äußert die Auffassung, dass dieses Verfahren positiv verlaufen wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0470/16 in seiner Sitzung am 26. 01. 2017 zu beschließen.

5.2. Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement
2014/2015
Vorlage: I0307/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Mit Hinweis auf seine in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 25. 11. 2016 erfolgten umfassenden Ausführungen zum Personalkostencontrolling unterbreitet der Beigeordnete Herr Platz den Vorschlag, eine für diesen Tagesordnungspunkt vorbereitete Präsentation der Niederschrift als Anlage beizufügen und mögliche Fragen in den einzelnen Fraktionen direkt zu beantworten. Er gibt den Hinweis, dass sich die vorliegende Information im Wesentlichen mit der Frage des Krankenstandes und wie diesem begegnet wird beschäftigt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, bezeichnet es als schwierige Aufgabe im Verantwortungsbereich des Beigeordneten Herrn Platz, im Zuge der Haushaltsplanungen den personellen Anforderungen gerecht werden zu müssen. Dies auch im Kontext, dass die Belastungen für das Personal bei der Erfüllung der bestehenden Arbeitsaufgaben nicht weniger geworden sei und bestimmte Stellen, nicht gleich wieder besetzt werden können. Er wirft die Frage auf, wie weit freie Stellen kompensiert werden können.

In Beantwortung der Nachfrage informiert der Beigeordnete Herr Platz, über die Entwicklung der Personalstellen seit 1999 und legt dar, dass ca. 600 Stellen aus der Kernverwaltung seit diesem Zeitpunkt herausgenommen wurde. Auf Grund eines Aufgabenzuwachses und auch neuer Standards beläuft sich die Anzahl derzeit jedoch wieder auf über 3000 Stellen.

Hierzu gibt der Oberbürgermeister den Hinweis, auf hierin enthaltene befristete Stellen zur Bewältigung von Aufgaben auf Grund der Flüchtlingssituation.

Im Weiteren geht der Beigeordnete Herr Platz auf die Besetzungsquote zum 31. 12. 2015 ein und informiert, dass diese sich bei 97,5 % bewegt und verweist insbesondere auf Zuwächse von qualifiziertem Personal aus externen Ausschreibungen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt Bezug auf Darstellungen der Information zu Altersstrukturen und hinterfragt Erfahrungen des Beigeordneten hinsichtlich entsprechender Verschiebungen bei Bewerbungen für Aufgaben im öffentlichen Dienst und Erfahrungen hinsichtlich der Qualifikation der Bewerber.

Hierzu informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass derzeit durchschnittlich 12 Bewerbungen auf eine Stelle zu verzeichnen sind. Er merkt an, dass gerade in den neuen Bundesländern der öffentliche Dienst als interessant angesehen wird.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass hier der öffentliche Dienst Marktführer bei den Büroarbeitsplätzen ist und somit bei Bewerbern noch kein substanzielles Problem besteht. Hinsichtlich Auszubildender führt er aus, dass hier gewisse Tendenzen erkennbar sind hinsichtlich einer Abnahme der Bewerberqualifikationen. So sei es schon vorgekommen, dass Stellen nicht besetzt wurden, da nicht genügend qualifizierte Kräfte gefunden werden konnten.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt Bezug auf im Bericht auf Seite 103 gemachte Ausführungen zur Übernahme von Auszubildenden und stellt fest, dass der Trend der Benotung für eine erforderliche Übernahme in eine Anschlussstätigkeit abfällt.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Benotungen nicht verallgemeinert werden können und dass die bisher eingestellten Kräfte sich als gut erwiesen haben.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt mit Hinweis auf ihm gegenüber getroffene Aussagen seinen Eindruck dar, dass sich auf Grund fehlenden Personals das Verhältnis der Verwaltung gegenüber Bürgern und Stadtrat verschlechtert habe. Speziell sei dies im Baudezernat zu verzeichnen.

Der Oberbürgermeister verweist auf hier bestehende personelle Ausfälle auf Grund von Schwangerschaften. Der anwesende Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann stellt klar, dass derzeit einige Stellen in Bereich der Bauleitplanung vakant seien, jedoch Vertretungen für die betreffenden Stellen eingesetzt werden. Ergänzend verweist der Beigeordnete Herr Platz auf die Einrichtung einer Task Force, wo Personal bereitgehalten wird, das in solchen Bereichen eingesetzt werden kann.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka legt ihre Auffassung dar, dass Elternzeiten planbar sind und bezeichnet die Handhabung der Verwaltung hinsichtlich der entsprechenden Vertretungen als gut.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, hinsichtlich Tendenzen bei Überlastungsanzeigen informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass derzeit die Anzahl dieser Anzeigen sehr gering sei.

Die Mitglieder der Verwaltung nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Anträge

6.1. Aufwertung Ulrichsplatz Vorlage: A0112/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, äußert seinen Dank an die Verwaltung zur vorgelegten Stellungnahme und macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages. Eingehend auf den vorliegenden Änderungsantrag A0112/16/1 der Fraktion LINKS für Magdeburg und bezeichnet diesen als verfrüht. Er legt seine Auffassung dar, dass, wenn eine entsprechende Planung vorliegt, über das Thema diskutiert werden kann.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass es bisher nicht die Frage war, durch die Verwaltung eine Planung vorzunehmen. Dies ist auch nicht vorgesehen. Das Anliegen des Antrages sei nach Auffassung der Verwaltung, eine Befragung der Bevölkerung vorzunehmen. Es könne erst eine Planung erfolgen, wenn Tendenzen vorliegen, was gemacht werden soll.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass seine Fraktion eine Bürgerbefragung nicht für sinnvoll hält und begründet, dass die letzte Befragung zur Ulrichskirche noch nicht sehr lange her sei. Es solle jedoch eine konkrete Fragestellung erfolgen, z.B. zu Grabungen oder der Errichtung eines Portals. Dabei soll jedoch nur eine Maßnahme gemacht werden.

Im Weiteren informiert er, dass es in seiner Fraktion als gut empfunden wird, über den Bereich der Ernst-Reuter-Allee nachzudenken und trifft die Feststellung, dass diese Überlegungen bereits in der Verwaltung angestellt werden. Er legt seine Auffassung dar, dass seitens der Verwaltung in geeignetem Umfang Vorschläge unterbreitet werden könnten, ob am Ulrichsplatz Veränderungen vorgenommen werden. Wenn Veränderungen seitens der Verwaltung als nicht sinnvoll angesehen werden, sollte auch keine vorgenommen werden.

Stadtrat Rösler informiert, dass seitens seiner Fraktion nur der 1. Absatz des Antrages A0112/16 als sinnvoll angesehen wird. Eingehend auf den Änderungsantrag A0112/16/1 vertritt er die Auffassung, dass dieser nicht so konkretisiert gestellt werden sollte und die in Klammern gesetzten Vorschläge Freilegung/Grabung/Visualisierung entfernt werden sollten.

Er kündigt an, dass sich ohne diese Änderung seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird. Hinsichtlich des Antrages A0112/16 kündigt er die Ablehnung seiner Fraktion an. Ggf. werde durch seine Fraktion ein entsprechender Änderungsantrag zum Stadtrat eingebracht.

Der Oberbürgermeister informiert über die Verwaltungsmeinung, am im Antrag benannten Bereich keine Maßnahmen einzuleiten. Wenn dies seitens der Politik jedoch so gewollt sei, müsse ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Seitens der Stadt werde kein Bedarf gesehen, am benannten Bereich Änderungen vorzunehmen und es werden auch keine Planungen vorgenommen. Es müssen konkrete Aussagen getroffen werden, was genau gewollt sei.

Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg, erklärt, dass auch seitens seiner Fraktion kein zwingender Handlungsbedarf gesehen werde, am Ulrichsplatz Maßnahmen einzuleiten. Er macht darauf aufmerksam, dass der bestehende Wunsch hinsichtlich der Errichtung eines Denkmals zur Kirche nicht ignoriert werden kann und der Bürgerentscheid zur Wiedererrichtung der Kirche und nicht zu einem Portal durchgeführt wurde. Seiner Fraktion gehe es nicht darum, ein Portal zu verhindern sondern darum, wenn eine Gestaltung erfolgt, dann hierzu Überlegungen anzustellen, wie ein Portal einbezogen werden kann. Die Bürger sollen entscheiden, wie und in welcher Form eine Gestaltung erfolgen soll. Kern des Änderungsantrages sei es, dass, wenn Veränderungen in diesem Bereich erfolgen, die im Zusammenhang mit der Kirche stehen, dann sollte die Bürgermeinung dazu eingeholt werden. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass für seine Fraktion wichtig sei, dass die Bürger entscheiden können, es reiche nicht, wenn durch die „Volksstimme“ eine Umfrage erfolgt.

Hinsichtlich der Terminierung der Bürgerbefragung ggf. zeitgleich mit der Bundestagswahl 2017 äußert er, dass dies auch zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen kann und wirbt dafür, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, äußert sich kritisch zum Umgang mit der Geschichte Magdeburgs. Er bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, dass seitens der Verwaltung kein Interesse besteht, Überlegungen hinsichtlich der Gestaltung vorzunehmen und vertritt die Auffassung, dass diese sich an dieser Stelle Gedanken machen muss. Der vorliegende Antrag A0112/16 ist als Ansatz seiner Fraktion zu verstehen, Akzente in die laufende Diskussion zu bringen. Er legt seine Auffassung dar, den Mut aufzubringen, mit der Gestaltung des Platzes den Bürgern die Geschichte Magdeburgs wieder zu verdeutlichen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert kritisch, dass zwischen der Stellungnahme der Verwaltung und der Aussage des Oberbürgermeisters ein Unterschied besteht. Wenn die Haltung der Stadt beibehalten wird, muss eine Entscheidung des Stadtrates getroffen werden, eine Interessensbekundung zur Gestaltung auszurufen, ggf. mit dem Förderverein.

Zum Hinweis des Stadtrates Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg, dass dann der Antrag A0112/16 zurückgezogen werden müsste, bezeichnet Stadtrat Canehl diesen als sinnvoll und erklärt, am Antrag festhalten zu wollen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, erklärt nachdrücklich seine Auffassung, dass der Ulrichsplatz bereits gut gestaltet sei. Er bezeichnet es als legitim, zu sagen, dass auch andere Gestaltungsvorschläge gemacht werden sollten und darauf hinzuweisen, dass auch andere Projekt Vorrang haben. Bedauerlich sei für ihn, dass für andere Bereiche keine Diskussion hinsichtlich Gestaltungsvorschläge geführt wurde, sondern nur für den Ulrichsplatz und die Kirche. Insbesondere verweist er darauf, dass das Ergebnis des Bürgerentscheids zur Ulrichskirche akzeptiert werden muss.

Hinweis: Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, trifft zur Sitzung ein.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass im vorliegenden Antrag keine Formulierung hinsichtlich eines Wiederaufbaus der Kirche enthalten ist. Es gehe darum, entweder den Grundriss der Kirche freizulegen oder ein Portal zu errichten. Dafür ist keine Planung erforderlich. Er legt seine persönliche Meinung dar, keinen Bedarf für Änderungen im Bereich des Ulrichsplatzes zu sehen. Wenn sich jedoch eine politische Mehrheit dafür ausspricht, werde dies auch umgesetzt. Es müsse jedoch zuvor die Abfrage erfolgen, ob diese Änderungen auch gewollt sind. Insbesondere verweist er darauf, dass das Kuratorium für die Finanzierung aufkommen muss und es sich nicht um einen Bürgerentscheid, sondern um eine Bürgerbefragung handelt.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, bringt seine Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass immer zum Thema Ulrichsplatz seiner Fraktion unterstellt wird, den Wiederaufbau der Kirche durchsetzen zu wollen. Für eine sachliche Diskussion müsse von dieser Auffassung abgekommen werden.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag A0112/16/1 erklärt er, diesem folgen zu können, jedoch ohne die Terminierung „bis zur Bundestagswahl 2017“.

Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg, erklärt, dass diese Terminierung nicht unbedingt erforderlich ist. Wichtig sei, juristisch einwandfrei die Bürgermeinung feststellen zu lassen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, geht auf Absatz 3 des Antrages A0112/16 ein und bezeichnet die Ergänzung des Absatzes durch den Änderungsantrag A0112/16/1 als besser. Er bittet darum, Überlegungen hinsichtlich einer besseren Gestaltung der Ernst-Reuter-Allee anzustellen und die Problematik der Gestaltung des Ulrichsplatzes der nächsten Generation zu überlassen.

Gemäß Vorschlag des Stadtrates Rösler erfolgt eine getrennte Abstimmung des Änderungsantrag A0112/16/1 der Fraktion LINKS für Magdeburg:

- neu Absatz 2

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen die Beschlussfassung.

- neu Absatz 3

Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg, **zieht** die Formulierung „... welche ggf. gleichzeitig mit der Bundestagswahl 2017 stattfinden könnte.“ **zurück**.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt unter Beachtung der Änderung mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen dem Stadtrat die Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag A0112/16 in geänderter Form zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt unter Beachtung des geänderten Änderungsantrages A0112/16/1 der Fraktion LINKS für Magdeburg mit 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen dem Stadtrat, den Antrag A0112/16 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU/FDP/BfM nicht zu beschließen.

6.1.2. Aufwertung Ulrichsplatz
Vorlage: S0282/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2. FreizeitTicket für junge Menschen einführen
Vorlage: A0117/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Magdeburg in dieser Angelegenheit nicht allein bestimmen kann und hierzu bereits im Verkehrsverbund marego an einem Mehrheitsbeschluss gearbeitet wird. Er geht davon aus, dass bis zu den Sommerferien eine Entscheidung getroffen wird. Insbesondere verweist er darauf, dass der vorliegende Antrag so nicht beschlossen werden kann.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag ein, in der letzten Zeile nach MVB-Geschäftsführung die Formulierung „... in Abstimmung mit marego“ einzufügen.

Zum Hinweis des Bürgermeisters, dass der Stadtrat keine Betrauung der MVB vornehmen kann und diese Formulierung entfernt werden müsste unterbreitet der Oberbürgermeister den Vorschlag, die Formulierung „bzw. wird die MVB-Geschäftsführung damit betraut“ zu streichen.

Hinweis: Die Änderung wird als Änderungsantrag A117/16/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, legt dar, das Anliegen des Antrages grundsätzlich gut zu finden, er diesem jedoch nicht zustimmen wird. Begründend legt er dar, davon auszugehen, dass der Antrag aus der MVB und nicht aus der Fraktion Die LINKE/future! kommt und er deshalb aus Prinzip nicht zustimmen wird.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, stellt klar, dass der Antrag von Mitgliedern ihrer Fraktion kommt, die nicht Mitglied im Aufsichtsrat der MVB sind.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, widerspricht der Aussage des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion und verweist darauf, dass es in der Stadt Halle schon eine ähnliche Initiative gab.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0117/16 der Fraktion DIE LINKE/future! unter Beachtung der Änderung des Verwaltungsausschusses zu beschließen.

6.2.1. FreizeitTicket für junge Menschen einführen Vorlage: S0292/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd Vorlage: A0097/16

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und der Leiter des Fachbereiches 32 Herr Ehlenberger teil. Anwesend ist auch der Ortsbürgermeister von Beyendorf-Sohlen Herr Geue.

Die Stadträte Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg, und Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklären gemäß § 33 KVG LSA ihr Mitwirkungsverbot und verlassen den Sitzungsraum.

In seinen erläuternden Ausführungen geht der Beigeordnete Herr Platz auf die Diskussionslage ein und führt zur Standortproblematik aus zur Kenntnis genommen zu haben, dass die Stadtratsfraktionen eine Verkleinerung der Standorte mehrheitlich nicht wollen. Nach Wichtung der Argumentation der Fraktionen wurde seitens der Verwaltung das Entgegenkommen geäußert, den Standort des Bürgerbüros West zu erhalten, mit der Idee dieses ganz speziell zu entwickeln. Somit würde die Verwaltung jetzt unter Berücksichtigung der in der Diskussion gefallenen Argumente eine 4-Standort-Variante favorisieren. Mit der Aufgabe des Bürgerbüros Ost erfolgt jedoch nicht die Aufgabe als Verwaltungsstandort. Kfz- und Führerscheinstelle bleiben dort erhalten.

Im Weiteren informiert er über die Idee, parallel zur Drucksache bzgl. der Anmietung von Flächen, in der sich auch zur Standortproblematik geäußert wird, diese über einen Änderungsantrag im genannten Sinn zu ändern. Dies sei zwar ein ungewöhnlicher Weg, da hiermit die Begründung der Drucksache geändert wird, damit werde aber der Argumentation der Fraktionen gefolgt.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht darauf aufmerksam, dass derzeit die Diskussion im öffentlichen Teil zum Antrag A0097/16 geführt wird und die Diskussion zum genannten Änderungsantrag im nichtöffentlichen Teil geführt werden muss.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt seine Auffassung dar, dass hinsichtlich der Entscheidung zur Standortfrage eine komplizierte Rechtslage besteht. Eingehend auf die in der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag A0097/16 gemachten Ausführungen hinsichtlich der Zuständigkeiten legt er seine Auffassung dar, dass, wenn der Verwaltungsausschuss nicht zuständig sei, der Antrag A0097/16 und die dazugehörigen Änderungsanträge von der Tagesordnung zurückgezogen werden sollten.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, unterbreitet den Verfahrensvorschlag, im nichtöffentlichen Teil die vorliegende Drucksache DS0439/16 zu behandeln und danach Überlegungen zum weiteren Umgang mit dem Antrag A0097/16 anzustellen.

Hinweis: Im Ergebnis der Behandlung der DS0439/16 wurde der Antrag A0097/16 durch die einbringende SPD-Stadtratsfraktion bis nach der Beschlussfassung des Stadtrates zur Drucksache **zurückgestellt**.

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf den Änderungsantrag A0097/16/2 des Ortsbürgermeisters Beyendorf-Sohlen und verweist darauf, dass seitens der Stadt zugesagt wurde, die Bürgerbetreuung wie bisher durchzuführen. Seitens der Verwaltung werde es als nicht gut empfunden, dafür zu werben, Bürgerbüroangebote in Beyendorf-Sohlen zu nutzen.

Der Ortsbürgermeister Herr Geue erklärt, mit dem derzeitigen Stand zufrieden zu sein. Hintergrund des Änderungsantrages sei es, den Erhalt des mobilen Bürgerbüros zu sichern und in einer Presseveröffentlichung darzulegen, dass das mobile Bürgerbüro in Beyendorf-Sohlen allen Bürgern zur Verfügung steht.

7. Verschiedenes

Der TOP entfällt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

